



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete  
Groupement suisse pour les régions de montagne  
Gruppo svizzero per le regioni di montagna  
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern  
Herr Bundespräsident  
Alain Berset

3003 Bern

[Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch](mailto:Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch)

Bern, 29. September 2023  
TE / L 13

## **Stellungnahme der SAB zur Anerkennung des betreuten Wohnens für Bezügerinnen und Bezüger von EL zur AHV**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu randvermerktem Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete und ländlichen Räume in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Der demographische Wandel ist eine der grössten Herausforderungen für die Schweiz. Er betrifft zu allererst die Berggebiete und ländlichen Räume. Der Altersquotient liegt bereits heute in einigen Bergdörfern bei über 50% und wird in Zukunft weiter ansteigen. Die Berggebiete und ländlichen Räume haben deshalb ein besonderes Interesse an einer vorausschauenden Alterspolitik. Die Alterspolitik darf sich dabei nicht darauf beschränken, Betten in den Altersheimen zur Verfügung zu stellen. Es braucht vielmehr eine umfassende Alterspolitik, die auf die spezifischen Bedürfnisse der älteren Generation eingeht und sie in die Entscheidungsfindung einbezieht. Dieses umfassende Verständnis hat sich leider noch nicht überall durchgesetzt und erfordert grössere Anstrengungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Damit vor allem die Gemeinden diese Aufgaben meistern können, sind sie oft auf eine externe Unterstützung (Beratung) angewiesen. Aus Sicht der SAB ist es unerlässlich, dass der Bund zusammen mit den Kantonen Bestrebungen der Kantone und Gemeinden für eine umfassende Alterspolitik stärker unterstützt, z.B. mit der Finanzierung von Beratungsleistungen und dem Aufbau eines Erfahrungsaustausches.

Die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung steigt und die Seniorinnen und Senioren können immer länger ein selbstbestimmtes Leben führen. Damit einher geht auch der Wunsch, möglichst lange in einer eigenen Wohnung zu leben und nicht in ein Altersheim eintreten zu

müssen. Pflegeplätze in Altersheimen sind knapp und vor allem sehr teuer. Betreute Alterswohnungen sind ein idealer Ansatz, um den Wünschen der älteren Bevölkerung gerecht zu werden, den Druck von Altersheimen wegzunehmen und letztlich auch Kosten zu sparen. Betreute Alterswohnungen bieten einen sozialen Austausch und wirken damit der Vereinsamung entgegen. Sie bieten zudem Hilfeleistungen und eine medizinische Unterstützung. Betreute Alterswohnungen können auch als Mehrgenerationenhäuser oder in Mehrgenerationenquartieren angelegt werden und helfen so zur sozialen Durchmischung der Dörfer und Quartiere. Betreute Alterswohnungen sind zudem ein wichtiger Faktor in Zusammenhang mit der derzeit herrschenden Wohnknappheit. Ziehen ältere Personen aus einer überdimensionierten Wohnung in eine kleinere – betreute – Alterswohnung um, wird Wohnraum innerhalb bestehender Bausubstanz frei.

Diese einleitenden Bemerkungen sollen exemplarisch aufzeigen, dass im Bereich des demographischen Wandels noch grosser Handlungsbedarf besteht. Es ist noch ein weiter Weg, bis hin zu einer umfassenden Strategie für den Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels. **Die nun vom Bundesrat vorgeschlagene Anerkennung des betreuten Wohnens für Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen stellt einen Baustein auf diesem Weg dar und wird von uns begrüsst.**

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Die Präsidentin:

Der Direktor:

Christine Bulliard-Marbach  
Nationalrätin

Thomas Egger

**Résumé**

Le SAB - Groupement suisse pour les régions de montagne - soutient la modification de la loi sur les prestations complémentaires. En effet, ces régions, en raison de leur structure d'âge, sont particulièrement concernées par le vieillissement démographique. Dans ce cadre, les logements protégés constituent une solution comportant de nombreux avantages (souhaits et autonomie pour les personnes concernées, coûts, etc.). Ce type de solution nécessite néanmoins une étroite collaboration entre Confédération, cantons et communes. Enfin, la reconnaissance, par le Conseil fédéral, de logements protégés pour les bénéficiaires de prestations complémentaires, constitue un pas dans la bonne direction.